

DTV-Verkehrshaftungsversicherungs-Bedingungen für die laufende Versicherung für Frachtführer, Spediteure und Lagerhalter 2003/2026

(DTV-VHV laufende Versicherung 2003/2026)

Musterbedingungen des GDV

Inhaltsübersicht

1	Gegenstand der Versicherung	10	Rückgriff
2	Versicherungsnehmer/Versicherter	11	Anmeldung, Prämie, Zahlung und Sanierung
3	Versicherte Haftung	12	Bucheinsichts- und -prüfungsrecht
4	Umfang des Versicherungsschutzes	13	Kündigung
5	Räumlicher Geltungsbereich	14	Repräsentanten
6	Versicherungsausschlüsse	15	Gerichtsstand, anwendbares Recht
7	Obliegenheiten	16	Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
8	Begrenzung der Versicherungsleistung	17	Beteiligungliste und Führungsklausel
9	Schadenbeteiligung	18	Schlussbestimmung

1 Gegenstand der Versicherung

1.1 Verkehrsverträge

Gegenstand der Versicherung sind Verkehrsverträge (Fracht-, Speditions- und Lagerverträge) des Versicherungsnehmers als Frachtführer im Straßengüterverkehr, als Spediteur oder Lagerhalter, die während der Laufzeit dieses Versicherungsvertrages abgeschlossen und nach Maßgabe der Ziffer 11 aufgegeben werden, wenn und soweit die damit zusammenhängenden Tätigkeiten in der Betriebsbeschreibung ausdrücklich dokumentiert sind.

1.2 Es besteht – unbeschadet der übrigen Vertragsbestimmungen – Versicherungsschutz nur, soweit und solange dem keine auf die Vertragsparteien direkt anwendbaren Wirtschafts-, Handels- oder Finanzsanktionen bzw. Embargos der Europäischen Union oder der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen.

Dies gilt auch für Wirtschafts-, Handels- oder Finanzsanktionen bzw. Embargos der Vereinigten Staaten von Amerika, soweit dem nicht Rechtsvorschriften der Europäischen Union oder der Bundesrepublik Deutschland entgegenstehen.

1.3 Vorsorgeversicherung

Gegenstand der Versicherung sind auch Verkehrsverträge des Versicherungsnehmers als Frachtführer im Straßengüterverkehr, Spediteur oder Lagerhalter nach Maßgabe des Versicherungsvertrages über zu diesem Verkehrsgewerbe üblicherweise gehörenden Tätigkeiten, wenn der Versicherungsnehmer nach Abschluss des Versicherungsvertrages diese Tätigkeiten neu aufnimmt (neues Risiko). Der Versicherungsschutz beginnt sofort mit dem Eintritt des neuen Risikos, ohne dass es einer besonderen Anzeige bedarf. Der Versicherungsnehmer ist aber verpflichtet, binnen eines Monats nach Beginn des neuen Risikos, dieses dem Versicherer anzuzeigen. Unterlässt der Versicherungsnehmer die

rechtzeitige Anzeige oder kommt innerhalb Monatsfrist nach Eingang der Anzeige bei dem Versicherer eine Vereinbarung über die Prämie für das neue Risiko nicht zustande, so entfällt der Versicherungsschutz für das neue Risiko rückwirkend von Beginn an.

Der Versicherungsschutz der Vorsorge ist auf den Betrag von EUR ... je Schadenereignis begrenzt.

1.4 Die Versicherung gilt nicht für Verträge, die ganz oder teilweise zum Inhalt haben

- Beförderung und beförderungsbedingte Lagerung von Gütern, die der Versicherungsnehmer als Verfrachter (Seefahrt und Binnenschifffahrt), Luftfrachtführer oder Eisenbahnfrachtführer im Selbsteintritt (tatsächlich) ausführt;

- Beförderung und Lagerung von folgenden Gütern:

.....
.....

- Beförderung und Lagerung von Umzugsgut;
- Beförderung und Lagerung von Schwergut sowie Großraumtransporte, Kran- oder Montagearbeiten;

- Beförderung und Lagerung von abzuschleppenden oder zu bergenden Gütern;

- Produktionsleistungen, werkvertragliche oder sonstige nicht speditions-, beförderungs- oder lagerspezifische vertragliche Leistungen im Zusammenhang mit einem Verkehrsvertrag, die über die primäre Vertragspflicht eines Frachtführers, Spediteurs und Lagerhalters gemäß dem deutschen Handelsgesetzbuch (HGB) hinausgehen. Hierzu zählen nicht das Kommissionieren, Etikettieren, Verpacken und Verwiegen von Gütern, wenn diese Tätigkeiten in Verbindung mit einem Verkehrsvertrag zu erfüllen sind.

2 Versicherungsnehmer/Versicherter

- 2.1 Versicherungsnehmer ist das in der Betriebsbeschreibung genannte Unternehmen unter Einschluss aller rechtlich unselbstständigen inländischen Niederlassungen und Betriebsstätten. Andere Betriebe können nach Vereinbarung in die Versicherung einbezogen werden.
- 2.2 Die Arbeitnehmer des Versicherungsnehmers sind im Umfange der Versicherung mitversichert, wenn diese in Ausführung der unter Ziffer 1 genannten Verkehrsverträge gehandelt haben.

3 Versicherte Haftung (Bausteinsystem)

Versichert ist

die verkehrsvertragliche Haftung des Versicherungsnehmers nach Maßgabe

- 3.1 der deutschen gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 407 ff. HGB;
- 3.2 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Versicherungsnehmers, vorausgesetzt der Versicherer hat dem Einschluss dieser Bedingungen in den Versicherungsschutz zugestimmt;
- 3.3 der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) im Umfange des § 449 Abs. 2 Nr. 1 HGB; vorausgesetzt der Versicherer hat dem Einschluss dieser Bedingungen in den Versicherungsschutz zugestimmt;
- 3.4 des Übereinkommens über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßengüterverkehr (CMR);
- 3.5 der jeweils nationalen gesetzlichen Bestimmungen für das Verkehrsgewerbe in den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), in der Schweiz und im Vereinigten Königreich (UK);
- 3.6 des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (Anhang B – COTIF, aktuelle Fassung) und der einheitlichen Rechtsvorschriften für den Vertrag über die internationale Eisenbahnbeförderung von Gütern (CIM);
- 3.7 des Montrealer Übereinkommens (MÜ) vom 28.5.1999, des Warschauer Abkommens von 1929 (WA) und soweit anwendbar – des Haager Protokolls vom 28.05.1955, des Zusatzabkommens von Guadalajara vom 18.09.1961 oder anderer maßgeblichen Zusatzabkommen für den Luftverkehr, soweit diese jeweils zwingend anwendbar sind;
- 3.8 der Haager Regeln und – soweit anwendbar – der Hague Visby Rules bzw. des Seerechtsänderungsgesetzes vom 25.06.1986, der Hamburg-Regeln sowie anderer maßgeblicher internationaler Abkommen oder nationaler gesetzlicher Bestimmungen für den Seeverkehr, soweit diese jeweils zwingend anwendbar sind;
- 3.9 der Bestimmungen eines FIATA Combined Bill of Lading (FBL) oder Through Bill of Lading (TBL) in der von der FIATA verabschiedeten Form;
- 3.10 eines vom Versicherungsnehmer verwendeten eigenen House Airway Bill (HAWB), House Bill of Lading (House B/L) oder anderer Dokumente des Versicherungsnehmers, vorausgesetzt der Versicherer hat dem Einschluss derartiger Dokumente in den Versicherungsschutz zugestimmt;
- 3.11 der jeweils anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen anderer Staaten, sofern sich der Versicherungsnehmer nicht mit Erfolg auf die Bestimmungen der vorgenannten Ziffern sowie der Ziffern 3.13 bis 3.15 berufen kann.

Die Deckung ist dann ausschließlich auf Güterschäden und mit 8,33 SZR je kg begrenzt.

- 3.12 Versichert sind auch Ansprüche nach dem Recht der unerlaubten Handlung (Deliktsrecht), wenn und soweit der Berechtigte diese gesetzlichen Ansprüche neben oder anstelle der Haftung aus dem Verkehrsvertrag geltend macht.
- 3.13 Versichert ist die Haftung des Versicherungsnehmers aus der vertraglichen Vereinbarung über die Gestellung von Kraftfahrzeugen mit Fahrpersonal (sogenannte Lohnfuhr), wenn und soweit der Versicherungsnehmer für die dem Schadenfall zugrundeliegende Beförderung aus Frachtvertrag haften würde. Die Versicherungsleistung besteht nur nach Maßgabe der frachtrechtlichen Haftung.
- 3.14 Für Lagerverträge gilt abweichend vom Gesetz lediglich eine Haftung nach Maßgabe der Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp) jeweils aktuelle Fassung als versichert, sofern nichts anderes vereinbart ist.
- 3.15 Nicht versichert ist die Haftung, wenn und soweit sie über die in Ziffer 3.1 bis Ziffer 3.14 bestimmte Haftung hinausgeht, insbesondere, jedoch nicht allein, aus individuellen Haftungsvereinbarungen, es sei denn der Versicherer hat dem Einschluss dieser Haftung in die Versicherung zugestimmt.

4 Umfang des Versicherungsschutzes

- 4.1 Die Versicherung umfasst die Befriedigung begründeter und die Abwehr unbegründeter Schadenersatzansprüche, die gegen den Versicherungsnehmer als Auftragnehmer eines Verkehrsvertrages erhoben werden.
- 4.2 Der Versicherer ersetzt dem Versicherungsnehmer
- die Aufwendungen zur Abwendung oder Minderung eines ersatzpflichtigen Schadens, wenn der Schaden unmittelbar droht oder eingetreten ist, soweit der Versicherungsnehmer sie nach den Umständen für geboten halten durfte
- sowie
- die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten, soweit sie den Umständen nach geboten waren.
- 4.3 Der Versicherer ersetzt dem Versicherungsnehmer den Beitrag, den er zur großen Haverei aufgrund einer nach Gesetz oder den York-Antwerpener-Regeln oder den Rhein Regeln IVR 1979 oder anderen international anerkannten Haverei-Regeln aufgemachten Dispache zu leisten hat, soweit durch die Haverei-Maßregel ein dem Versicherer zur Last fallender Schaden abgewendet werden sollte.
- 4.4 Der Versicherer ersetzt dem Versicherungsnehmer aufgewendete Beförderungsmehrkosten aus Anlass einer Fehlleitung, wenn sie zur Verhütung eines ersatzpflichtigen Schadens erforderlich waren, bis zu ...% des Wertes des Gutes, höchstens EUR ... je Schadenereignis. **(Baustein)**
- 4.5 Der Versicherer ersetzt dem Versicherungsnehmer die aufgrund gesetzlicher oder behördlicher Verpflichtung aufzuwendenden Kosten bis zu einer Höhe von EUR ... je Schadenereignis zur Bergung, Vernichtung oder Beseitigung des beschädigten Gutes, wenn ein ersatzpflichtiger Schaden vorliegt oder soweit nicht ein anderer Versicherer zu leisten hat. **(Baustein)**
- 4.6 Der Versicherer ersetzt dem Versicherungsnehmer

Aufwendungen wegen öffentlich-rechtlicher Abgabeforderungen, für die er im Zusammenhang mit der Durchführung eines Verkehrsvertrages von Zollbehörden der Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), der Schweiz und des Vereinigten Königreichs (UK) direkt in Anspruch genommen wird, wenn und soweit der Versicherungsnehmer hierfür gegenüber seinem Auftraggeber aus dem ihm erteilten Verkehrsvertrag haftbar ist, bis zu einer Höhe von EUR ... je Schadenereignis. Ausgeschlossen von der Versicherung bleiben Forderungen aus Aufträgen zur Durchführung von Zollverfahren im Sinne des Unionszollkodex (Zollaufträge). **(Baustein)**

5 Räumlicher Geltungsbereich

Soweit die geschriebenen Bedingungen keine abweichende Regelung enthalten, besteht Versicherungsschutz für

- Verkehrsverträge im Straßengüterverkehr innerhalb der und zwischen den Staaten des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR), der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (UK)
- für alle anderen Verkehrsverträge weltweit
- für Lagerverträge jedoch nur innerhalb Deutschlands.

6 Versicherungsausschlüsse

Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind Ansprüche

- 6.1 aus Schäden durch Naturkatastrophen (z.B. Erdbeben, Blitzschlag, vulkanische Ausbrüche);
- 6.2 aus Schäden durch Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Bürgerkrieg, innere Unruhen, Aufruhr;
- 6.3 aus Schäden durch Streik, Aussperrung, Arbeitsunruhen, terroristische Gewaltakte oder politische Gewalt-handlungen;
- 6.4 aus Schäden, verursacht durch die Verwendung von chemischen, biologischen, biochemischen Substanzen oder elektromagnetischen Wellen als Waffen mit gemeingefährlicher Wirkung - gleichgültig durch wen - und zwar ohne Rücksicht auf sonstige mitwirkende Ursachen;
- 6.5 aus Schäden, verursacht durch Kernenergie oder sonstige ionisierende Strahlung;
- 6.6 aus Schäden durch Beschlagnahme, Entziehung oder sonstige Eingriffe von hoher Hand (als Eingriffe von hoher Hand sind auch solche von hoheitlich zugelassenen, beliehenen oder sonst beauftragten Dritten zu verstehen, für die der Hoheitsträger haftet);
- 6.7 aus Schäden an Kunstgegenständen, Antiquitäten, Edelmetallen, Edelsteinen, echten Perlen, Geld, Valoren, Dokumenten, Urkunden;
- 6.8 aus Schäden an lebenden Tieren und Pflanzen;
- 6.9 die üblicherweise Gegenstand einer Betriebs-, Produkt-, Umwelt-, Gewässerschaden-, Kraftfahrzeug-, Privathaftpflicht-, Kreditversicherung sind oder aufgrund entsprechender üblicher Versicherungsbedingungen hätten gedeckt werden können;
- 6.10 die durch eine andere Verkehrshaftungsversicherung des Versicherungsnehmers versichert sind;
- 6.11 wegen Nichterfüllung der Leistungspflicht des Versicherungsnehmers aus Verkehrsverträgen;
- 6.12 die Eigenschäden des Versicherungsnehmers zum

Gegenstand haben (z.B. Frachtausfall, Standgelder, Demurrage, Detention, Beförderungsmehrkosten, Personalkosten), soweit diese nicht ausdrücklich mitversichert sind;

- 6.13 aufgrund vertraglicher, im Verkehrsgewerbe nicht üblicher Vereinbarungen, wie Vertragsstrafen, Lieferfristgarantien usw., sowie aus Vereinbarungen, soweit sie über die Haftungshöhe von 8,33 SZR je kg des Rohgewichts der Sendung oder die für Verkehrsverträge geltende gesetzliche Haftung hinausgehen, wie z.B. Wert- oder Interessvereinbarungen nach Art. 24, 26 CMR, Art. 22 Abs. 2 WA, Art. 22 Ziffer 3 und Art. 25 MÜ, § 512 HGB etc.;
 - 6.14 die strafähnlichen Charakter haben, z.B. Geldstrafen, Verwaltungsstrafen, Bußgelder, Erzwingungs- und Sicherungsgelder und aus sonstigen Zahlungen mit Buß- oder Strafcharakter und den damit zusammenhängenden Kosten;
 - 6.15 in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verwendung, Weiterleitung oder Rückzahlung von Vorschüssen, Erstattungsbeiträgen o.ä.;
 - 6.16 die durch einen Mangel im Betrieb des Versicherungsnehmers (z.B. mangelnde Schnittstellenkontrolle) entstanden sind, dessen Beseitigung innerhalb einer angemessenen Frist der Versicherer unter Ankündigung der Rechtsfolgen (Risikoausschluss) verlangt hatte;
 - 6.17 wegen Schäden aus Charter- und Teilcharterverträgen im Zusammenhang mit der Güterbeförderung mit Schiffen, Eisenbahn- oder Luftfahrzeugen;
 - 6.18 auf Entschädigungen mit Strafcharakter, insbesondere „punitive“ oder „exemplary damages“ nach amerikanischem und kanadischem Recht; **(Baustein, siehe Ziff. 3.11)**
 - 6.19 aus Carnet TIR-Verfahren;
 - 6.20 wegen Personenschäden;
 - 6.21 aus Verkehrsverträgen, die gegen ein gesetzliches Verbot (§ 134 BGB) oder gegen die guten Sitten (§ 138 BGB) verstoßen;
 - 6.22 wegen vorsätzlicher Herbeiführung des Versicherungsfalles durch den Versicherungsnehmer, ferner Ansprüche gegen den Erfüllungsgehilfen selbst, wenn dieser vorsätzlich gehandelt hat;
 - 6.23 gegen den Arbeitnehmer des Versicherungsnehmers selbst, wenn dieser vorsätzlich gehandelt hat;
 - 6.24 aus Schäden an Gütern oder Sachen, für die der Versicherungsnehmer keinen Auftrag zur Beförderung oder Lagerung erhalten hat.
- ## 7 Obliegenheiten
- Dem Versicherungsnehmer obliegt es,
- 7.1 vor Eintritt des Versicherungsfalles
 - 7.1.1 nur einwandfreie und für den jeweiligen Auftrag geeignete Fahrzeuge und Anhänger, Wechselbrücken / Container, Kräne / Hubgeräte, sowie sonstiges Equipment (einschließlich Seile, Gurte) zu verwenden;
 - 7.1.2 bei Beförderungen von temperaturgeführten Gütern nur Fahrzeuge und Anhänger mit einem für den jeweiligen Transport geeigneten Zertifikat (zum Beispiel ATP-Zertifikat) und Kühlschreiber einzusetzen, die einzuhaltende Temperatur im Beförderungspapier zu vermerken und das Fahrpersonal anzuweisen, die Einhaltung der

- Temperatur während des Transportes regelmäßig zu prüfen und zu dokumentieren;
- 7.1.3 im Straßengüterverkehr einzusetzende Fahrzeuge des eigenen Betriebes mit je zwei voneinander unabhängig funktionierenden Diebstahlsicherungen auszustatten (hierzu zählen nicht Türschlösser) und die Fahrer anzuweisen, die Diebstahlsicherungen beim Verlassen des Fahrzeuges einzuschalten;
- 7.1.4 für die Sicherung eigener oder in seinem Einfluss- und Verantwortungsbereich befindlicher fremder beladener Kraftfahrzeuge, Anhänger und Wechselbrücken/Container gegen Diebstahl oder Raub zu sorgen, insbesondere auch zur Nachtzeit, an Wochenenden und Feiertagen;
- 7.1.5 sicherzustellen, dass die Integrität, Vertraulichkeit und Verfügbarkeit sämtlicher vom Versicherungsnehmer verwendeter elektronischer Daten oder Informations- und Kommunikationstechnologiesysteme gegen Schadsoftware (z.B. Software-Viren, trojanische Pferde) sowie unbefugte Eingriffe (z.B. Hacker-Angriffe, Denial of Service Attacks) nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt und gesichert sind und dies den relevanten gesetzlichen Bestimmungen (z.B. Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)) entspricht sowie eine laufende Kontrolle hierzu erfolgt;
- 7.1.6 nur für den jeweiligen Auftrag geeignete Gebäude oder Flächen, sowie technisches oder sonstiges Equipment zu nutzen, und dafür Sorge zu tragen, dass gesetzliche oder behördliche Auflagen erfüllt werden und Sicherungseinrichtungen in ihrer Funktionsfähigkeit nicht gestört sind;
- 7.1.7 Schnittstellenkontrollen durchzuführen und zu dokumentieren;
- 7.1.8 auf Verlangen des Versicherers zusätzlich zu den auftragsgemäß vorgesehenen Inventuren weitere Inventuren auf Kosten des Versicherungsnehmers durchzuführen;
- 7.1.9 Mitarbeiter mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns auszuwählen, sicherzustellen, dass auch sie die Obliegenheiten der Ziffern 7.1.1 bis 7.1.8 und 7.1.11 bis 7.1.14 erfüllen und dies durch geeignete organisatorische Maßnahmen zu überwachen;
- 7.1.10 Mitarbeiter, die Subunternehmer auswählen oder für die Versendung oder Lagerung erforderliche Verträge abschließen, regelmäßig, mindestens jährlich, zur Erkennung und Prävention aktueller krimineller Methoden und Praktiken – insbesondere im Zusammenhang mit sog. „Phantomfrachtführern“ oder vergleichbaren Täuschungshandlungen –
- zu schulen (z.B. im Umfang der GDV-Merkblätter „Vermeidung von Schäden durch Phantomfrachtführer“¹),
 - entsprechende Verhaltensanweisungen zu erteilen,
 - die Einhaltung dieser Anweisungen durch geeignete organisatorische Maßnahmen zu überwachen
 - und dies zu dokumentieren;
- 7.1.11 die Auswahl der Subunternehmer und Erfüllungsgehilfen mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu treffen und sicherzustellen, dass auch sie die
- Obliegenheiten der Ziffern 7.1.1 bis 7.1.11 sowie der Ziffer 7.1.13 und der Ziffer 7.1.14 erfüllen und über eine in Kraft befindliche, den üblichen Bedingungen und evtl. anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entsprechende Versicherung verfügen;
- 7.1.12 Veränderungen der dem Versicherer zur Kenntnis gebrachten und durch die Betriebsbeschreibung oder in sonstiger Weise in den Versicherungsschutz einbezogenen Geschäftsbedingungen, Individualvereinbarungen, Dokumente, Frachtpapiere oder sonstiger die Haftung des Versicherungsnehmers betreffende Vereinbarungen dem Versicherer unverzüglich mitzuteilen;
- 7.1.13 Gesetze, Verordnungen, behördliche Anordnungen oder Verfügungen, berufsgenossenschaftliche Vorschriften oder sonstige Vorschriften bei der Ausführung von Verkehrsverträgen einzuhalten;
- 7.1.14 alle verkehrsvertraglichen Vereinbarungen, Auflagen, Weisungen oder sonstige Vorgaben einzuhalten.
- 7.2 nach Eintritt des Versicherungsfalls
- 7.2.1 jeden Schadenfall oder geltend gemachten Haftungsanspruch dem Versicherer unverzüglich, spätestens innerhalb eines Monats, zu melden und alle zur Beurteilung notwendigen Unterlagen, Belege, Daten oder sonstige Informationen vorzulegen;
- 7.2.2 für die Abwendung und Minderung des Schadens zu sorgen, dem Versicherer jede notwendige Auskunft zu geben und etwaige Weisungen zu befolgen;
- 7.2.3 den Versicherer unverzüglich zu benachrichtigen, wenn gerichtlich gegen ihn im Zusammenhang mit einer versicherten Tätigkeit vorgegangen wird, und die erforderlichen Rechtsmittel oder Rechtsbehelfe, insbesondere Widerspruch gegen Mahnbescheide, einzulegen;
- 7.2.4 ohne Einwilligung des Versicherers keine Versicherungs- oder Regressansprüche abzutreten;
- 7.2.5 sich auf Verlangen und Kosten des Versicherers auf einen Prozess mit dem Anspruchsteller einzulassen und dem Versicherer die Prozessführung zu überlassen;
- 7.2.6 jede Entwendung von Gütern (z.B. Diebstahl, Unterschlagung, Untreue, Betrug, Raub) sowie jeden Verkehrsunfall mit möglichem Schaden an der Ladung der zuständigen Polizeidienststelle und dem Versicherer unverzüglich anzuzeigen sowie bei allen Unfällen, Schäden über EUR ... und solchen, deren Umfang oder Höhe zweifelhaft sind, den nächst zuständigen Havariekommissar zu benachrichtigen und dessen Weisungen zu befolgen;
- 7.2.7 mögliche Regressansprüche gegen Dritte zu wahren und die Reklamationsfristen zu beachten.
- 7.3 Rechtsfolgen bei Obliegenheitsverletzung
- 7.3.1 Verletzt der Versicherungsnehmer vorsätzlich oder grob fahrlässig eine Obliegenheit, die er vor Eintritt des Versicherungsfalles gegenüber dem Versicherer zu erfüllen hat, so kann der Versicherer innerhalb eines Monats, nachdem er von der Verletzung Kenntnis erlangt hat, den Vertrag fristlos kündigen.

¹ Die unverbindlichen Merkblätter sind hier abrufbar:
https://www.tis-gdv.de/wp-content/uploads/tis/bedingungen/unterschlagung_lkw_ladungen/03_mb_phantomfrachtfuehrer.pdf

Der Versicherer hat kein Kündigungsrecht, wenn der Versicherungsnehmer nachweist, dass er die Obliegenheit weder vorsätzlich noch grob fahrlässig verletzt hat.

Verletzt der Versicherungsnehmer eine vertragliche Obliegenheit vorsätzlich, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei. Bei grob fahrlässiger Verletzung der Obliegenheit ist der Versicherer berechtigt, seine Leistung in dem Verhältnis zu kürzen, das der Schwere des Verschuldens des Versicherungsnehmers entspricht.

Der Versicherer bleibt zur Leistung verpflichtet, wenn der Versicherungsnehmer nachweist, dass er die Obliegenheit nicht grob fahrlässig verletzt hat. Dies gilt auch, wenn der Versicherungsnehmer nachweist, dass die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalls noch für die Feststellung oder den Umfang der dem Versicherer obliegenden Leistung ursächlich war. Das gilt nicht, wenn der Versicherungsnehmer die Obliegenheit arglistig verletzt hat.

- 7.3.2 Bezieht sich die Verletzung von Obliegenheiten auf eine nach Eintritt des Versicherungsfalls bestehende Auskunft- oder Aufklärungspflicht wie z.B. nach Maßgabe der Ziffern 7.2.1, 7.2.2, 7.2.3 oder 7.2.6 wird der Versicherer entgegen § 28 Abs. 4 VVG auch ohne gesonderte Mitteilung der Rechtsfolge an den Versicherungsnehmer vollständig oder teilweise von der Leistung frei.

8 Begrenzung der Versicherungsleistung (Bausteinsystem)

- 8.1 Begrenzung der Versicherungsleistung je Schadenfall
Die maximale Versicherungsleistung beträgt je Schadenfall, also je Geschädigten und je Verkehrsvertrag

- für Frachtverträge:
bei Güterschäden
EUR ...;
bei reinen Vermögensschäden
EUR ...;
- für Speditionsverträge:
bei Güter- und Güterfolgeschäden
EUR ...;
bei reinen Vermögensschäden
EUR ...;
- für Lagerverträge:
bei Güter- und Güterfolgeschäden
EUR ...;

bei Differenzen zwischen Soll- und Ist-Bestand des Lagerbestandes leistet der Versicherer jedoch maximal EUR ..., unabhängig von der Zahl der für die Inventurdifferenz ursächlichen Schadenfälle;

- bei reinen Vermögensschäden
EUR ...;
- für Ansprüche nach dem Recht der unerlaubten Handlung (Deliktsrecht) – unabhängig von der Art des Verkehrsvertrages oder des Schadens – EUR ...;

- 8.2 Begrenzung der Versicherungsleistung je Schadereignis

Der Versicherer leistet höchstens EUR Die durch ein Ereignis mehreren Geschädigten entstandenen Schäden werden unabhängig von der Anzahl der

Geschädigten und der Verkehrsverträge anteilmäßig im Verhältnis ihrer Ansprüche ersetzt, wenn sie zusammen die äußerste Grenze der Versicherungsleistung übersteigen.

- 8.3 Begrenzung der Versicherungsleistung pro Versicherungsjahr

- 8.3.1 Die Höchstersatzleistung des Versicherers beträgt für alle Schadenereignisse der versicherten Verkehrsverträge eines Versicherungsjahres EUR

- 8.3.2 Die Versicherungsleistung des Versicherers ist zusätzlich begrenzt auf maximal EUR ... pro Versicherungsjahr bei Schäden, die vom Versicherungsnehmer oder seinen Repräsentanten

- durch Leichtfertigkeit und in dem Bewusstsein, dass ein Schaden mit Wahrscheinlichkeit entstehen werde, herbeigeführt

oder

- durch Kardinalpflichtverletzung, im Falle der verfügbaren Lagerung jedoch nur bei grob fahrlässiger oder vorsätzlicher Kardinalpflichtverletzung, oder durch grobes Organisationsverschulden verursacht

worden sind.

9 Schadenbeteiligung

- 9.1 Die allgemeine Schadenbeteiligung des Versicherungsnehmers beträgt ... % der Versicherungsleistung je Schadenfall, mindestens EUR ..., höchstens EUR ...

- 9.2 Die Schadenbeteiligung des Versicherungsnehmers bei Differenzen zwischen Soll- und Ist-Bestand des Lagerbestandes beträgt je Inventur ... % der Versicherungsleistung, mindestens EUR ..., höchstens EUR

- 9.3 Die Schadenbeteiligung des Versicherungsnehmers bei der Beauftragung von Subunternehmern im Straßengüterverkehr, mit denen er nicht in laufender Geschäftsbeziehung steht, beträgt bei Schäden aufgrund Entwendung der gesamten Ladung eines Transportmittels (z.B. Diebstahl, Unterschlagung, Untreue Betrug, Raub) durch einen Subunternehmer (z.B. „Phantomfrachtführer“) ... % der Versicherungsleistung je Schadenfall, mindestens EUR ..., höchstens EUR

10 Rückgriff

- 10.1 Der Versicherer verzichtet auf einen Rückgriff gegen den Versicherungsnehmer und seine Arbeitnehmer. Der Versicherer ist jedoch berechtigt, gegen jeden Rückgriff zu nehmen, der den Schaden vorsätzlich herbeigeführt hat.

- 10.2 Der Versicherer ist ferner berechtigt, gegen den Versicherungsnehmer Rückgriff zu nehmen, wenn

- 10.2.1 er seine Anmelde- oder Zahlungspflichten vorsätzlich verletzt hatte, der Versicherer aber dennoch gegenüber dem Geschädigten zu leisten verpflichtet ist;

- 10.2.2 ein Versicherungsausschluss gegeben war, eine Obliegenheitsverletzung durch den Versicherungsnehmer zur Leistungsfreiheit des Versicherers geführt hätte oder ein nicht versicherter Verkehrsvertrag zugrunde lag, der Versicherer aber dennoch gegenüber dem Geschädigten zur Leistung verpflichtet ist.

11 Anmeldung, Prämie, Zahlung und Sanierung

- 11.1 Anmeldepflicht

Durch den Abschluss dieser laufenden Versicherung wird der Versicherungsnehmer verpflichtet, sämtliche

unter diesen Versicherungsvertrag fallenden Verkehrsverträge nach Maßgabe der Ziffer 11.2 oder die vereinbarte Prämiengrundlage anzumelden.

11.2 Anmeldeverfahren

(Bausteinsystem: Raum für individuelles Anmeldeverfahren je vereinbarter Prämiengrundlage, z.B. Umsatz-, Einzel- oder summarische Anmeldungen, Deckungszusagen u.v.m.)

11.3 Verletzung der Anmeldepflicht

11.3.1 Hat der Versicherungsnehmer die Anmeldung unterlassen oder fehlerhaft vorgenommen, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei, ohne dass es einer Kündigung durch den Versicherer bedarf, es sei denn, dass der Versicherungsnehmer die Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmannes nicht verletzt hat und dass er die Anmeldung unverzüglich nach Entdeckung des Fehlers nachgeholt oder berichtigt hat.

11.3.2 Verletzt der Versicherungsnehmer die Anmeldepflicht vorsätzlich, so kann der Versicherer den Vertrag fristlos kündigen. Dem Versicherer gebühren die Prämien, die ihm im Falle gehöriger Erfüllung des Vertrages bis zum Wirksamwerden der Kündigung zu zahlen gewesen wären.

11.4 Prämie (Bausteinsystem)

11.5 Zahlung (Bausteinsystem)

11.6 Sanierung (Bausteinsystem)

12 Bucheinsichts- und -prüfungsrecht

Der Versicherer ist berechtigt, die Prämienanmeldungen durch Einsichtnahme in die entsprechenden Geschäftsunterlagen des Versicherungsnehmers zu überprüfen. Er ist verpflichtet, über die erlangten Kenntnisse Stillschweigen gegenüber Dritten zu bewahren.

13 Kündigung

13.1 Der Versicherungsnehmer und der Versicherer sind berechtigt, den Versicherungsvertrag in Textform zum Ende des Versicherungsjahres zu kündigen. Die Kündigung muss drei Monate vor Ablauf des Vertrages zugegangen sein.

13.2 Nach Eintritt eines Versicherungsfalles können beide Parteien den Versicherungsvertrag kündigen. Die Kündigung ist in Textform zu erklären. Sie muss spätestens einen Monat nach dem Abschluss der Verhandlungen über die Entschädigung zugehen. Der Versicherer hat eine Kündigungsfrist von einem Monat einzuhalten. Kündigt der Versicherungsnehmer, so kann er bestimmen, dass seine Kündigung sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt wirksam wird, jedoch spätestens zum Schluss der laufenden Versicherungsperiode.

13.3 Der Versicherungsschutz bleibt für alle vor Beendigung des Versicherungsvertrages abgeschlossenen Verkehrsverträge bis zur Erfüllung aller sich daraus ergebenden Verpflichtungen bestehen. Bei verfügbaren Lagerungen endet der Versicherungsschutz jedoch spätestens einen Monat nach Beendigung des Versicherungsvertrages.

14 Repräsentanten

Der Versicherungsnehmer muss sich die Kenntnis und das Verhalten seiner Repräsentanten zurechnen

lassen.

15 Gerichtsstand, anwendbares Recht

15.1 Auf diesen Versicherungsvertrag findet deutsches Recht Anwendung, insbesondere die Vorschriften des VVG.

15.2 Für Klagen gegen den Versicherungsnehmer wegen Prämienzahlung, Zahlung von Schadenbeteiligung, Regressansprüchen oder aus sonstigem Grund ist das Gericht am Ort der Niederlassung oder des Sitzes des Versicherungsnehmers zuständig.

15.3 Für Klagen gegen den Versicherer ist das Gericht am Ort der zuständigen geschäftsführenden Stelle des Versicherers zuständig.

16 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

17 Beteiligungsliste und Führungsklausel

18 Schlussbestimmung

Die Bestimmungen des Vertrages gelten nur, soweit nicht die zwingende gesetzliche Pflichtversicherungsvorschrift gemäß § 7a GüKG mit den dort genannten Beschränkungen und Summen entgegensteht.